Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

22.05.1986 - Drucksache 11/637

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/637
(Neufassung der Drs. 11/629
v. 07. 05. 86)
22. 05. 86

Antrag der Fraktion der SPD

Konsequenzen aus der Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (UdSSR) ist der schwerste seit Beginn der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie. Er hat ein Ausmaß angenommen, das bisher von der Mehrheit der fachkundigen Wissenschaftler für kaum erreichbar gehalten wurde. Die dadurch verursachten Schädigungen von Gesundheit und Umwelt in der UdSSR und anderen Staaten sind noch nicht absehbar. Diese Katastrophe hat gezeigt, daß trotz teilweiser hoher Sicherheitsstandards, wie sie besonders beim Betrieb von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik gegeben sind, ein größtmöglicher technisch nicht beherrschbarer Unfall nicht absolut vermeidbar ist.

Der Unfall hat auch bei der Bevölkerung des Landes Bremen zu größter Besorgnis und Unruhe geführt.

Vor diesem Hintergrund fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, Handlungskonzepte weiterzuentwickeln mit dem Ziel, im Falle drohender Belastung durch Radioaktivität die Bevölkerung frühzeitig zu informieren und Empfehlungen für den gesundheitlichen Schutz zu geben.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, über die Messungen der radioaktiven Belastung durch Jod hinaus die entsprechenden Messungen für Cäsium, Strontium und andere langfristig radioaktive Stoffe weiterhin zu betreiben und darüber regelmäßig zu informieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre Beschlüsse vom Mai 1979 und vom März 1981, und sie erklärt darüber hinaus, daß sie alle Bemühungen unterstützen wird

— zur sofortigen Abschaltung aller mit Mängeln behafteten Kernkraftwerken, wie z. B. das Kernkraftwerk Stade,

— zur Stillegung aller in der Bundesrepublik bestehenden Kernkraftwerke bis 1991 und

— zum sofortigen Stopp für einen weiteren Ausbau derzeit noch nicht fertiggestellter oder in der Planung befindlicher Kernenergieanlagen (u. a. eine Wiederaufbereitungsanlage und der Schnelle Brüter),

— die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente zur technologischen Reife zu entwickeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist überzeugt davon, daß die Atomenergiegefährdung Bremerhavens und Bremens nur durch einen bundesweiten Ausstieg aus der Kernenergie abgebaut werden kann. Dieser Ausstieg kann nur durch Stillegung aller arbeitenden Reaktoren geleistet werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß eine Eigenstromerzeugung in der Stadtgemeinde Bremen von 75 Prozent auf die Dauer zu gering ist. Zuliefererverträge für Verbundstrom müssen deshalb so gefaßt werden, daß Energiesparmaßnahmen und Investitionen in dezentrale Energieerzeugung im Lande Bremen möglich und sinnvoll bleiben. Zulieferverträge sind so zu fassen, daß eine Option für verstärkte Eigenenergieerzeugung erhalten bleibt.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob durch einen einheitlichen Energieverbund innerhalb des Landes Bremen, d. h. zwischen Bremen und Bremerhaven nach Auslaufen der Energiebezugsverträge die Abhängigkeit der Stadtgemeinde Bremerhaven vom Bezug von Verbundenergie beseitigt werden kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung für den Abbau der Nutzung von Kernenergie einzusetzen und auf Forschung und Entwicklung alternativer Energien sowie der verstärkten Nutzung der Kohle hinzuwirken.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Ansicht, daß auf internationaler Ebene gleiche Standards und gemeinsame Alternativen erreicht werden müssen. Sie fordert die Bundesregierung auf, den Export und die Bauhilfe für Kernkraftwerke außerhalb der Bundesrepublik zu untersagen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch der Bundesregierung zu wehren, die nötige aber rein formale Korrektur der Strahlenschutzverordnung dazu zu mißbrauchen, daß das geltende Strahlenschutzrecht im Interesse der Atomindustrie aufgeweicht wird. Dem Grundsatzgebot, Strahlungen möglichst niedrig zu halten, ist gegenüber der Bundesregierung absolute Geltung zu verschaffen.

Kunick und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen